

Eine starke Landwirtschaft — die Quelle unserer Volkstrust.

Von Reichsminister a. D. Dr. Hermes.

Die Verschärfung der Weltwirtschaft und die sich immer mehr verschärfende Behinderung unserer Industriewaren-ausfuhr durch die Absperrungsmaßregeln anderer Länder hat auch weite Kreise der Industrie zu der Erkenntnis gebracht, daß der Binnenmarkt die sicherste Grundlage unserer Volkswirtschaft ist. Das bedeutet eine wesentliche Unterstützung der Landwirtschaft in ihrem schweren Kampfe um die Wahrung ihrer Lebensinteressen. Je mehr die großen Schichten der städtischen und industriellen Bevölkerung zu der Einsicht kommen, daß unsere Zukunft nicht in der weiten Welt, sondern in unserem eigenen Lande liegt, desto mehr ist zu hoffen, daß es trotz handelspolitischer Hemmungen und konjunkturpolitischer Mängeln schließlich doch gelingen wird, der Landwirtschaft in allen ihren Teilen den notwendigen Schutz zu verschaffen.

Die staatliche Fürstung für die Landwirtschaft muß aber ihre Ergebnisse finden in gesteigerten Leistungen der landwirtschaftlichen Selbsthilfe. Wenn die Landwirtschaft die Forderung aufstellt, daß in Unbetracht unserer finanziellen und wirtschaftlichen Notlage die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem Auslande weitgehend eingeschränkt wird, dann muß sie auch alle Kräfte daran setzen, dem deutschen Volke eine nach Menge und Güte ausreichende Ernährung aus der eigenen Scholle zu sichern. Sie darf trotz aller Schwierigkeiten nicht erlahmen in der ruhigen, pflichtbewußten Erfüllung ihrer Aufgabe, den deutschen Arbeiter truchbar zu erhalten und die einheimische Fahrzeugherstellung weiter zu steigern und zu verbessern. Sie darf nicht mutlos werden, wenn auch der Druck der täglichen Schwierigkeiten noch so schwer auf ihr lastet. Nicht dumme Verweisung macht die Lage entzücklicher, nur zähes Aushalten und Schaffen kann eine bessere Zukunft herbeiführen.

Daher muß allen Landwirten die eindringliche Mahnung zugeflutzen werden: Vaht nicht nach in Eurer Arbeit, bestellt die Wiederholung nicht an Saat und Dünger und anderen notwendigen Aufwendungen, wenn Ihr irgendwie die Mittel dafür aufbringen könnet! Die kommende Ernte darf nicht durch Vernachlässigung der Bestellung ein Fehlschlag werden, sondern muß uns weiter vorwärts bringen auf dem Wege zur nationalen Selbstversorgung. Das gebietet das Interesse unseres geliebten Volkes, aber auch das Interesse der Landwirtschaft selbst. Indem wir durch eigene Erzeugung die Einfuhr entbehrlich machen, verringern wir unsere Abhängigkeit vom Auslande, erhöhen die Einnahmen der Landwirtschaft, stärken dadurch ihre Kaufkraft für gewerbliche Erzeugnisse und geben den Arbeitslosen Beschäftigung; zugleich wächst damit die Aufnahmefähigkeit der städtischen Bevölkerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und werden die öffentlichen Kosten gemildert.

Die Weltwirtschaftskrise, deren verhängnisvolle Folgen unserem Volke die Nachteile einer übermäßigen Verschlechterung unserer Wirtschaft mit dem Auslande zum bitteren Bewußtsein gebracht haben, hat die Bedeutung einer starken Landwirtschaft als Quelle der Volkskraft mit außergewöhnlicher Eindringlichkeit offenbart. Sache der Landwirtschaft ist es nun, trotz aller Hemmungen und Schwierigkeiten zu beweisen, daß sie die Ernährung des deutschen Volkes gewährleisten und der Industrie einen Gefahrt für den verlorenen Auslandsabsatz bieten kann. In wahrer vaterländischer Dienst wird sie dadurch beitragen zu dem wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufstieg unseres schweregeprägten Volkes.

Das deutsche Handwerk vor einer Katastrophe.

Berlin. Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird mitgeteilt: „Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Handwerk hat im Monat April immer bedrohlischeren Charakter angenommen, sodass, wenn nicht bald eine grundlegende Besserung eintritt, eine Katastrophen unvermeidlich erscheint. Inzwischen die politische Hochspannung der letzten Wochen Handel und Wandel lärmend beeinflusst hat, läuft sie nur schwer beurteilen; immerhin hat es den Anschein, als ob weite Kreise der Auftraggeber sich darauf eingestellt hätten, den Ausgang der Wahlen abzuwarten. Eine leichte Belebung der Geschäftstätigkeit haben nur diejenigen Handwerke aufzuweisen, die zu den ausgesprochenen Saisonberufen gehören. Zugestanden hat die Geschäftstätigkeit vorwiegend infolge der reuen Umarbeitung und der Frühjahrsarbeiten bei den Malern, Töpfern, Tapetenern und Elektrikern. Im Bekleidungs-handwerk blieb infolge der allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie der verhältnismäßig frühen Witterung die Geschäftsbeteiligung gering. Für die Handwerksberufe, die von der Finanzierung der Frühjahrsarbeiten in der Landwirtschaft eine vermehrte Auftragserteilung erhofften, war der vergangene Monat eine kalte Enttäuschung. Besonders bemerkenswert war die Stille, die immer noch auf dem Baumarkt herrschte. Infolge der Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung, sowie der Sparmaßnahmen der Behörden wurden Neubauten so gut wie gar nicht in Angriff genommen.“

In dem Bericht wird weiter über die Zunahme der Schwarzarbeit geklagt und bemängelt, daß die sozialen Kosten und Steuern so gut wie keine Minderung erfahren hätten.

Strafanzeige gegen Hitler wegen Abgabe einer falschen eidestatlichen Versicherung.

Berlin. Die „Welt am Montag“ hat, wie sie mitteilt, gegen Adolf Hitler Strafanzeige wegen Abgabe einer falschen eidestatlichen Versicherung bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in München erstattet.

Diese Strafanzeige bezichtigt sich auf die in der Wahlzeit erfolgte Veröffentlichung einer Rechnung des Berliner Hotels „Kaiserhof“. Die Veröffentlichung war u. a. von der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg nachgebracht worden, worauf Hitler am 7. April durch eine eidestatliche Versicherung durch das Landgericht Nürnberg eine einkellige Verfügung gegen die „Fränkische Tagespost“ erhielt.

Die „Welt am Montag“ behauptet nun mehr, Hitlers eidestatliche Versicherung sei in zwei Punkten unrichtig und zwar sei erkennbar, daß die „Welt am Montag“ am Tage der eidestatlichen Versicherung wegen der Veröffentlichung der Hotelrechnung noch nicht verklagt gewesen, zweitens habe die „Welt am Montag“ ausdrücklich berichtet, daß der im „Kaiserhof“ für 10 Tage aufgegebene Betrag von Hitler und seinem Sohne gemacht worden sei. Im ersten Fall habe Hitler eidestatlich verkündet, daß die „Welt am Montag“ wegen der Veröffentlichung der Hotelrechnung verklagt sei, im zweiten Fall habe Hitler bestritten, daß er für die erwähnten Ausgaben gemacht habe.

Die Maifeiern im Reich und im Ausland.

Die Mai-Feiern in Berlin

Berlin, 2. Mai.

Im Mittelpunkt der Feiern für den 1. Mai standen in Berlin zwei Lustgartendemonstrationen, die der Sozialdemokraten und die der Kommunisten. Auf der SPD-Kundgebung sah man neben verschiedenen Reichstags- und Landtagsabgeordneten auch den Polizeipräsidenten von Berlin, Gräfin. Innenminister Severing war mit einem der Jüge aus dem Stadtinneren mitgezogen. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Glauert, stellte die Forderung nach einer 40-Stundenwoche, nach einem Bruch mit der Taktik des alten bürokratisch-vorsichtigen Abwägens, des Hagens und Haubers innerhalb der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf. Weiter sei zu fordern eine klare Stellungnahme zum Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften und zur Veröffentlichung der Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung.

Infolge des warmen Wetters wurden im Laufe der Kundgebung etwa achtzig Personen ohnmächtig. Arbeiter-samariter brachten ihnen die erste Hilfe. — Die Kundgebung ist ohne Zwischenfälle verlaufen.

Auf der kommunistischen Demonstration forderte der Führer der KPD, Ernst Thälmann, zu einer unbefriedigbaren Einheitsfront gegen den Faschismus und gegen das drohende Verbot der proletarischen Wehrorganisationen auf. Auch diese Kundgebung verlief reibungslos.

Ruhige Mai-Feiern in Sachsen

Dresden. Unähnlich des 1. Mai veranstalteten am Sonntag in Dresden die SPD und die KPD Kundgebungen, die ziemlich stark besucht waren. Bei der Kundgebung der KPD am Volkshaus Dresden-West sprach Reichstagsabgeordneter Arzt-Dresden. Die Kundgebung der KPD fand im Ostragehege statt. Sämtliche Veranstaltungen und Umzüge sind in voller Ruhe und Ordnung verlaufen.

Auch in Leipzig und Chemnitz sind sämtliche Mai-demonstrationen ruhig verlaufen.

Zusammenföge in Bremen

Bremen, 1. Mai. In Bremen kam es anlässlich einer kommunistischen Maifeier zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Nach einer kommunistischen Kundgebung in den Centralhallen bildete sich ein Demonstrationszug. Als die Polizei den Zug auflösen wollte, leisteten die Demonstranten Widerstand. Sieben Polizeibeamte wurden verletzt, drei davon erheblich. Die Polizei machte dann vom Gummiknüppel Gebrauch und sprengte den Zug auseinander. Auch an anderen Stellen der Stadt wurden Demonstrationsversuche gemacht, wobei zahlreiche Kommunisten verhaftet und nach Waffen durchsucht wurden.

In Würzburg sprach auf drei sozialdemokratischen Kundgebungen Reichstagspräsident Löbe. Löbe betonte, daß Programm der internationalen Maifeier. Er trat für die 40-Stunden-Woche zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ein. Wenn der Faschismus sein Haupt erhebe, würde das Schwerkapital die Sozialdemokratie bekommen und die Massen weiter fröhnen und leiden. Die sozialdemokratische Bewegung werde auch mit den Nationalsozialisten in Deutschland fertig werden. Der Kampf gehe um die Fortentwicklung der Republik zum sozialen Volksstaat. — Die Kundgebungen verliefen ohne Störung.

In Braunschweig waren die vorgeesehenen Kundgebungen unter freiem Himmel durch ministerielle Verfügung verboten worden. Es fanden daher in zwei überfüllten Sälen sozialdemokratische Versammlungen statt, die ohne Zwischenfälle verlaufen sind.

* London, 1. Mai. Am Maifeiertag bewegte sich wie alljährlich ein großer Kundgebungszug unter starker polizeilicher Begleitung nach dem Hyde-Park, wo eine Reihe von Ansprachen gehalten wurde. Großes Interesse

erregte die Tribüne der Liga für die Freiheit Indiens, wo irische Redner mit den Indern „im Kampfe gegen den britischen Imperialismus“ übereinstimmten und das gemeinsame Interesse Irlands und Indiens betonten.

* Tokio, 1. Mai. Die Maifeierkundgebungen in Tokio verliefen ohne Zwischenfälle; durch die Stadt bewegte sich ein Zug von 12.000 Demonstranten, die von 5000 Schülern begleitet waren.

* Berlin. In allen größeren Städten Palästinas war am Maifeiertag die Polizei verstärkt worden, so daß der Tag ohne Zwischenfälle verlief. Vorsichtshalber hatte die Polizei schon vorher etwa 40 kommunistische Führer festgenommen, um Kundgebungen zu verhindern.

* Melbourne. Bei der Maifeier in Melbourne kam es zu schweren Unruhen. Ein Demonstrationszug von 5000 Personen marschierte nach Parramatta, wo verschiedene Reden gehalten wurden. Unter den Rednern befanden sich auch der Ministerpräsident von Victoria, Tannecliffe, ferner der Präsident der victorianischen Arbeiterpartei, Cameron, und der Präsident des Handelsdepartements, die von einem inmitten der Menge stehenden LKW zu verhindern versuchten. Die Menge brach jedoch in laute Protestrufe aus, stürzte den LKW und warf den Ministerpräsidenten und seine Begleiter zu Boden. Einer der Angreifer schlug auf den Ministerpräsidenten ein, so daß dieser mehrere Wunden am Kopf, darunter eine Verletzung unter den Augen, erlitt.

* Budapest, 1. Mai. Der 1. Mai ist in Budapest im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Sozialdemokraten veranstalteten am Vormittag eine Kundgebung. Einzelne Ruhesünder wurden von den Polizisten rasch entfernt. Insgeamt wurden im Laufe des Tages 108 Personen von der Polizei gestellt.

* Wien, 1. Mai. Die Maifeiern sind hier ruhig verlaufen.

* Prag. Der 1. Mai ist in der Tschechoslowakei im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in einigen wenigen Dörfern kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. In Prag marschierten die tschechischen Nationalsozialisten, die tschechischen Sozialdemokraten und die tschechischen Kommunisten in gewohnter Weise zueinander über den Wenzelsplatz zu ihrer Maiveranstaltung. Im Zuge der tschechischen Sozialdemokraten marschierten auch etwa 600 deutsche Sozialdemokraten, die Transparente trugen mit Aufschriften wie: „Wie wieder Krieg“, „Proletarier aller Länder vereint Euch!“ Als bei den kommunistischen Versammlungen auf dem Republikplatz auch deutsche Arbeiter vorwanden, wurde ihnen wiederholt zugespielt: „Hier wird tschechisch gesprochen!“

* Trier, 1. Mai. Zu einem blutigen Zwischenfall kam es in Trier bei einer Maifeierkundgebung der kommunistischen Partei. Für den Nachmittag war ein großer Umzug angekündigt, gegen den die Polizei bereits bei seiner Bildung einschreiten musste, weil Transparente mitgeführt wurden, die verbrechende Inschriften trugen. Bei der Belebungsparade eines solchen Transparenten kam es zu einem ernstlichen Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten, bei dem vier Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden, darunter eine Frau. Vier Kommunisten wurden verhaftet.

Maiparade in Moskau.

* Moskau. Am Sonntag fand in Moskau aus Anlaß der Maifeier eine große Parade der roten Armee statt. Auf der Tribüne der Sowjetregierung erregte die Anwesenheit der türkischen Abordnung unter Führung des Ministerpräsidenten besondere Aufmerksamkeit. Auch das gesamte diplomatische Korps unter Führung des japanischen Botschafters war angereist. Kriegscommisar Voroshilow hielt eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die rote Armee jederzeit bereit sein müsse, für die Sowjetunion zu kämpfen, die jetzt stark bedroht sei. Nach dem Vorbeimarsch der Truppen zogen die Moskauer Arbeiterverbände an der Tribune vorbei.

Am Sonntag wurden in der ganzen Sowjetunion neue Fabrikantagen eingeweiht, darunter das Kraftwerk Dnjepr-

Aus dem Landtag

Gegen die Petesch-Gruppe

Ansätzlich der am kommenden Mittwoch stattfindenden Sitzung des Haushaltsausschusses B des Landtages, in der die Anträge und Anfragen betr. das Ostelbische Braunkohlenhynthdikat bezw. die Petesch-Gruppe behandelt werden, hat der Schuhverband der Brüdergossen in Bereich des Ostelbischen Braunkohlenhynthdikats den Fraktionen des Sächsischen Landtages erneut Unterlagen über die monopolistischen Bestrebungen der Ignaz-Petesch-Gruppe im Ostelbischen Braunkohlenhynthdikat überlandt. Es wird darin darauf hingewiesen, daß die Industrie- und Handelskammer Dresden, der Verband Sächsischer Industrieller, der vorläufige Reichswirtschaftsrat und das Landgericht Königsberg das schädliche Vordringen der Ignaz-Petesch-Gruppe im Ostelbien betont haben.

* Dresden. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hatte an die Regierung eine Anfrage gerichtet, in der um Auskunft gebeten wurde, ob es Anträge, daß vom Reiche ein Treibstoffmonopol errichtet werden sollte. Die Regierung hat darauf nunmehr geantwortet, daß sie den Gerüchten über die Schaffung eines Treibstoffmonopols sofort nachgegangen sei. Die zuständigen Reichsstellen hätten auf Anfrage auf das Bekannteste verklärt, daß die Regierung nicht daran denke, ein Benzinmonopol zu schaffen und es an eine ausländische Firma zu übertragen.

Der Abgeordnete der konservativen Volkspartei, Friesche, hat eine Anfrage eingebracht, die Auskunft darüber wünscht, wie hoch die Kosten des Volksbegehrnden und des Volksentscheidens seien, die dem Staat und den Gemeinden erwachsen sind.

Auf der Tagessitzung der nächsten, am 3. Mai stattfindenden Sitzung des sächsischen Landtages stehen u. a. die Wahl eines Unterhausbauausschusses zur Untersuchung der Bebauungen über staatsfeindliche Umtriebe in der sächsischen Polizei und in den Amtsstellen des sächsischen Staates, die zweite Beratung der Vorlage betr. Geschäftserweiterung der Sächsischen Staatsbank sowie der hierzu vorliegenden Anträge, die Beratung sozialdemokratischer, kommunistischer und volksparteilicher Anträge betr. Arbeitsbeschaffung. Weiter soll u. a. der deutschnationale Antrag auf Belastung des Millionenkredits für das sächsische Spielwarengewerbe behandelt werden.

Die Nationalsozialisten halten ihre Anfechtungslage aufrecht.

Dresden. Der Volksentscheid bleibt angefochten. Zu der irreführenden Meldung, daß der Landeswahlanschluß das Ergebnis des Volksentscheids Landtagsauflösung für null erklärt und einstimmig sämtliche Beschwerden wegen angeblicher Wahlbeeinflussung als unerheblich und gegenstandslos abgelehnt habe, erklärt die nationalsozialistische Landtagsfraktion, daß der Landeswahlanschluß lediglich das zahlenmäßige Ergebnis des Volksentscheids festgestellt habe. Eine Entscheidung über den wegen gewalttätiger Wahlbeeinflussung und Verlegung des Wahlheimerliches eingelegten Einspruch durch die nationalsozialistische Landtagsfraktion steht einzig und allein dem Oberverwaltungsgericht zu, bei dem das beantragte Verfahren selbstverständlich durchgeführt wird.

67 Nationalsozialisten zwangsgestellt

Berlin, 2. Mai. Polizeibeamte durchsuchten in der Sonnabendnacht ein nationalsozialistisches Verkehrslokal in der Aleksandrinenstraße, bei zwei der Anwesenden wurden Pistolen gefunden. Außerdem fand man auf der Erde vierzehn Pistolen, einen Dolch und zwei Taschenrevolver. Da sich nicht feststellen ließ, wem die weggeworfenen Waffen gehörten, wurden sämtliche 67 Personen nach dem Polizeipräsidium zur Feststellung ihrer Personalien gebracht. Zwei von ihnen, bei denen man die Pistolen gefunden hatte, blieben in Gewahrsam, die anderen wurden später wieder entlassen.

Verhandlungsfreiheit für die Parteileitung des Zentrums

bd. Berlin. Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei brachte am Sonnabend unter dem Vorz. des Prälaten Dr. Kaas das Ergebnis der Landeswahlen und überließ bei den kommenden politischen Verhandlungen die letzte Entscheidung der Reichsparteileitung. Da der parteiamtlichen Mitteilung über die Sitzung heißt es, man habe mit Genehmigung und Dank freigeketzt, daß durch die Freiheit der Wähler die Fortführung einer aufbauenden nationalen Realpolitik gewährleistet sei. Dem Reichslandrat, der für kurze Zeit der Sitzung bei-